

Besuch Bundesrätin Karin Keller-Sutter

5. November 2020

Rede von Rektor Prof. Dr. Christian Leumann

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,
Sehr geehrter Herr Prof. Vatter,
Sehr geehrte Studierende,

Ich danke Frau Bundesrätin Keller-Sutter ganz herzlich, dass sie den Weg hierher an die Universität Bern trotz der gegenwärtigen, schwierigen Randbedingungen gefunden hat. Es kommt nicht immer, aber immer öfter vor, dass es Herr Prof. Vatter gelingt, ein Mitglied des Bundesrats in seine Vorlesungsreihe über das politische System der Schweiz zu integrieren. Darüber freue ich mich sehr, denn es ist ein grosses politisches Zeichen, wenn die Bundesregierung sich zu den Studierenden begibt.

Was aber in Zukunft nur sehr selten vorkommen soll ist, dass wir solche Veranstaltungen über virtuelle Medien und nicht in Präsenz durchführen müssen. Gerade im politischen Dialog und der sachlichen Auseinandersetzung sind die spontanen emotionalen Elemente sowie der unprogrammierte persönliche Kontakt in der Verhandlung von Positionen extrem wichtig und durch nichts zu ersetzen.

Das dominierende Thema in diesem Jahr, welches auch Frau Bundesrätin Keller-Sutter heute ansprechen wird, ist die Corona Pandemie. Wir erleben im Moment das Aufflammen der zweiten Welle mit voller

Gewalt. Diese Welle ist gerade dabei, das Gesundheitssystem zu überrollen. Die Konsequenzen sind politische Massnahmen, die massiv in die Wirtschaft und Gesellschaftsstruktur eingreifen, und die die Bürgerinnen und Bürger in ihren gewohnten Freiheiten stark einschränken. Im Schweizerischen föderalistischen System variieren diese Massnahmen je nach Kanton in Intensität und Ausrichtung. Das bringt Verunsicherung.

Was ist die Rolle der Universitäten in diesem Umfeld? Zum einen ist es, die Studierenden zum kritischen Denken und zur dialektischen Auseinandersetzung mit Fakten anzuregen, um sich eine fundierte Meinung über das Problem zu bilden. Denn Sie, liebe Studierende, werden führende Rollen in der Wirtschaft, Gesellschaft und Politik von Morgen übernehmen. Von Ihnen wird das Wohlergehen des Landes in Zukunft abhängen, und dazu sollten sie gut gerüstet sein.

Zum anderen können die Universitäten aufgrund ihrer Forschungsaktivitäten der Politik wissenschaftliche Erkenntnisse und Fakten zur Verfügung stellen. Das beste aktuelle Beispiel dafür ist die Covid-Taskforce, die der Politik beratend zur Seite steht. Dabei ist aber auch wichtig, dass die Wissenschaft ihre Grenzen kennt und politisch unabhängig bleibt. Andernfalls verliert sie ihre Glaubwürdigkeit als unabhängige, autonome Institution.

Die gegenwärtige weltpolitische Lage ist gelinde gesagt komplex. Auch die gestrigen Präsidentschaftswahlen in den USA haben an dieser Einschätzung nichts geändert. Populistisches Denken, Verschwörungstheorien und Isolationismus sind auf dem Vormarsch. Demokratien sind in solchen Situationen besonders verletzlich, weil sie, ähnlich wie die Wissenschaft, die bestmöglichen Optionen aufgrund einer realen Faktenbasis im gegenseitigen Diskurs mit der Bevölkerung aushandeln. Das braucht Zeit und ist mit Unsicherheit verbunden.

Insbesondere präsidentiale Demokratien wie z.B. die USA, Brasilien, oder gewisse osteuropäische Länder, kämpfen mit stark polarisierenden Kräften, die sich häufig in zwei Lager gliedern. Das macht Demokratien verletzlich, weil ihre Grundwerte in Frage gestellt werden. Die direkte Demokratie und das Konkordanzsystem der Schweiz bieten hier einen wichtigen Schutz gegen solche bipolaren Belastungsstörungen und damit gegen die Schwächung des demokratischen Grundgedankens.

Doch erlauben sie mir am Schluss einen nicht-Covid Gedanken zur Konkordanz, der insbesondere die schweizerische Hochschullandschaft betrifft. Wir sind eine souveräne Demokratie im Zentrum Europas, zweifellos. Aber wir bewegen uns mit unserer Souveränität nicht im luftleeren Raum, sondern wir sind angewiesen auf den wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Austausch mit unseren autonomen Nachbarn, und wir müssen unserem Verhältnis zu ihnen Sorge tragen.

Uns Hochschulen beschäftigt nach der wuchtigen Verwerfung der Begrenzungsinitiative im September vor allem eine Frage. Wie geht es weiter mit der Assoziation der Schweiz an die europäischen Bildungs- und Forschungsprogramme?

Wenn die Assoziation an Horizon Europe nicht in den nächsten Monaten erreicht werden kann, dann droht uns wie schon einmal 2014, erneut ein Ausschluss der Schweiz aus den europäischen Forschungsprogrammen. Das betrifft nicht nur Forschungsk Kooperationen, sondern auch die Mobilität der Studierenden. Das hätte gravierende Folgen, denn bis heute haben wir uns nicht vollständig von den Wirren des Rauschmisses aus Horizon 2020 nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative von 2014 erholt. Es ist nun die Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass die Rahmenbedingungen für die Schweizer Unis in der international kompetitiven Forschungsgemeinschaft so gut wie möglich sind

Das schweizerische politische System macht es natürlich nicht einfach, in solchen Situationen schnell zu reagieren. Doch wir alle vertrauen darauf, dass hier in unserem weisen politischen Konkordanzsystem, eine gute Lösung zur rechten Zeit gefunden werden kann.

Damit bin ich am Ende und übergebe das Wort nun gerne an Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter.

Mehr zum Besuch von Frau Bundesrätin Keller-Sutter:

https://www.uniaktuell.unibe.ch/2020/hoher_besuch_vorlesung_mit_bundesraetin_keller_sutter/index_ger.html